

Vopo getötet — Feuertgefecht um 15jährigen Schüler

Berlin (Eigenbericht/upi/dpa/ap). Zu dem schwersten Grenzwischenfall seit dem 13. August, in deren Verlauf ein 15-jähriger Junge schwer verletzt und ein Vopo getötet sowie ein weiterer verwundet wurde, ist es im Gebiet des Nordhafens gekommen. Als der Fünfzehnjährige, durch den Kanal schwimmend, nach West-Berlin flüchten wollte, wurde er von sowjetzonalen Grenzpolizisten beschossen. Daraufhin gab Westberliner Polizei dem Jungen mit Schnellfeuerwaffen Feuer-schutz. Es entwickelte sich schließlich zwischen beiden Seiten ein regelrechtes Gefecht.

Mitten in der Schießerei wurde der Junge von zwei Kraftfahrern und zwei Polizeibeamten mit einem Seil an die Kaimauer herangezogen. Mit dem Schwerverletzten robbten sie dann vom Ufer fort. Der Junge hatte sich durch den Invalidenfriedhof unbemerkt der Grenze genähert. Er war aber bereits kurz nach seinem Sprung ins Wasser von den sowjetzonalen Grenzposten bemerkt worden. Sie beschossen ihn daraufhin pausenlos. Verzweifelt versuchte der Junge den Schüssen

(Fortsetzung auf Seite 2)



PROMINENTESTER BESUCHER einer Berlin-Ausstellung im New-Yorker Grand Central Terminal war General Lucius D. Clay. Das ap-Foto zeigt Clay zusammen mit der gebürtigen Berliner Helga Schenk vor einer Karte der europäischen Hauptstädte.

Zufahrtsbehörde auf Viermächte-Basis

Pläne der Bundesregierung wurden Washington überreicht

Bonn/Washington (Eigenbericht). Die Bundesregierung befaßte sich mit einer abschließenden Stellungnahme zur Frage einer internationalen Zugangsbehörde für Berlin. Sie hat der amerikanischen Regierung einen detaillierten Gegenvorschlag unterbreitet. Der entscheidende Punkt des deutschen Vorschlags ist dem Vernehmen nach der Wunsch der Bundesre-

gierung, daß Vertreter Bonns und Pankows, im Gegensatz zu dem von den USA ausgearbeiteten Plan, nicht in dem obersten Gremium der Zugangsbehörde vertreten sein sollen.

Zu dem Gegenvorschlag der Bundesregierung für eine internationale Zufahrtsbehörde wurde in Bonn bekannt, daß die Regierung der Ansicht ist, die

Behörde solle allein von den vier Mächten gebildet werden, deren Zuständigkeit für Berlin dadurch unterstrichen werde. Falls die amerikanische Regierung aber auf die Mitwirkung neutraler Staaten bestehen sollte, sieht die Bundesregierung kein entscheidendes Hindernis. Sie gibt aber zu bedenken, ob diese Staaten nicht zweckmäßigerweise in besonderen technischen Kommissionen mitarbeiten sollten, die unterhalb der Behördenspitzen gebildet werden.

Opfer-Irrsinn

A. S. Begriffe wie „Feuerschutz“ und „Gefecht“ stammen aus dem Bereich des Militärisch-Kriegerischen. Sie sind normalerweise nur auf einen solchen Zustand anwendbar. Daß die Berichterstattung über das, was sich im Gebiet des Nordhafens mitten in Berlin abgespielt hat, mit solchen Begriffen arbeiten muß, offenbart die explosive Situation, die die Errichtung der Mauer heraufbeschwört hat und die ganze Tragik der deutschen Spaltung zugleich.

So weit ist es also in Deutschland gekommen, daß mitten im Frieden geschossen wird, daß Deutsche im freien Teil unseres Vaterlandes Angehörigen des eigenen Volkes Feuerschutz geben müssen, um ihnen die Flucht aus dem anderen Teil unseres Vaterlandes, aus der Zone des Unrechts, zu ermöglichen, wo auch Angehörige unseres Volkes stehen, um den Ausbruch aus dem SED-KZ mit aller Gewalt zu verhindern.

Die grauenhafte Pervertie-

rung menschlicher und ethischer Wertvorstellungen kommt vielleicht darin am stärksten zum Ausdruck, daß diejenigen, die auf wehrlose Opfer schießen, auch noch für diese Schande geehrt und ausgezeichnet werden, wenngleich man zugeben muß, daß viele derjenigen, die auf der anderen Seite der Mauer stehen, um sie zu bewachen, sich in einem tiefen und wie es scheint unauflösbaren Gewissenskonflikt befinden.

Gelöst kann er nur dadurch werden, daß die Mauer verschwindet. Der Staatspräsident von Zypern, Erzbischof Makarios, hat während seines Besuchs an der Mauer das ganze Ausmaß der moralischen Verantwortlichkeit und des politischen Unsinnis erkannt, der in die Fundamente der Schandmauer eingegossen worden ist. Er ist davon überzeugt, daß die moralische Kraft der Berliner schließlich die Mauer zum Einsturz bringen wird. Wir in Berlin sollten gerade angesichts der jüngsten tragischen Ereignisse diese Worte nicht vergessen.

Vopo getötet...

(Fortsetzung von Seite 1)

durch Tauchen zu entgehen. Er wurde aber immer wieder getroffen.

Die Westberliner Polizei brachte ihn in ein Krankenhaus, wo er sofort operiert wurde. Er wurde siebenmal getroffen. Sein Zustand ist sehr ernst.

Während der Schüsse auf den schwimmenden Jungen rief ein Westberliner Polizist über den Kanal, doch mit dem Schießen aufzuhören. Daraufhin soll er mit dem Ruf: „Halt die Schnauze, jetzt bist du dran“, ebenfalls beschossen worden sein. Das Feuer wurde von Westberliner Polizei erwidert. Ein sowjetzonaler Grenzpolizist fiel mit einem Aufschrei offensichtlich mit Bauchschuß, rückwärts von der Mauer. Ein anderer erhielt einen Armschuß. Trotzdem wurde das Westberliner Ufer weiter unter Feuer gehalten.

Britische Militärpolizei und ein Einsatzkommando der Westberliner Polizei riegelten später das ganze Gebiet ab.

Schließlich erschien auf der Sandkrugbrücke ein Wasserwerfer, der jedoch nicht in Aktion trat.

Der britische Stadtkommandant, Generalmajor Dunbar, hat in einem Brief an den sowjetischen Kommandanten, Gene-

ralmajor Solowjow, scharf gegen den Feuerüberfall den Volkspolizisten protestiert. Gleichzeitig verlangte Dunbar Bestrafung der Schuldigen.

Der Präsident der Republik Zypern, Erzbischof Makarios, hat auf eigenen Wunsch den geflüchteten schwerverletzten 15jährigen Schüler im Krankenhaus Moabit besucht.

Ulbricht zerriß 10 000 Familien

Zone verweigert Familienzusammenführung

Bonn (ap). Nach einer Mitteilung des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen sind über 400 Fälle namentlich bekannt, in denen Kinder, deren Eltern in der Bundesrepublik leben, in der Sowjetzone zurückgehalten werden. Insgesamt warten weit über 10 000 Mitteldeutsche gegenwärtig auf Zusammenführung mit ihren Verwandten in der Bundesrepublik und in West-Berlin. Ihre entsprechenden Anträge sind von den sowjetzonalen Behörden abgelehnt worden.

Bei etwa der Hälfte dieser Menschen handelt es sich um Eltern, die zu ihren Kindern wollen, und in fast 2000 Fällen um Ehegatten, die wieder zusammengeführt zu werden wünschen. Ferner wollen etwa 1000 Mütter mit ihren Kindern zu den Vätern und mehr als 1000 Brautleute zueinander, hieß es in der Erklärung des Bundesministeriums.

Grenzposten erschöß Kameraden

Neustadt/Saale (ap). Die sowjetzonale Staatsanwaltschaft von Meiningen hat die Auslieferung eines 18jährigen Soldaten der Zonen-Grenzpolizei beantragt, der nach einem Geständnis bei der Flucht in die Bundesrepublik einen Gefreiten seiner Einheit erschossen hat. Als Motiv für seine Flucht gab er an, ihm sei der Dienst bei seiner Einheit zu langweilig und das Essen zu schlecht gewesen.

Wie die Schweinfurter Staatsanwaltschaft mitteilte, wurde der 18jährige unmittelbar nach seiner Flucht wegen Mordverdachts verhaftet. Der Generalstaatsanwalt in Bamberg muß nun darüber entscheiden, ob der Flüchtling ausgeliefert oder

aber in der Bundesrepublik wegen Mordes vor Gericht gestellt werden wird.

Mönch ermordet?

Mysteriöser Tod in Ost-Berlin

Berlin (kna). Der griechisch-orthodoxe Mönch P. Georg Reinhardt, ein gebürtiger Österreicher, ist in Ost-Berlin unter mysteriösen Umständen zu Tode gekommen. Wie aus zuverlässiger Quelle bekannt wurde, soll Reinhardt vom sowjetzonalen Staatssicherheitsdienst ermordet worden sein. Die Ostberliner Behörden behaupteten, der Mönch habe Selbstmord durch Fenstersprung begangen, da gegen ihn ein Verfahren eingeleitet worden sei.

Makarios: Die Mauer muß fallen

Der Erzbischof und Staatschef von Zypern bekräftigt das Prinzip der Selbstbestimmung

Bei seinem Besuch in Berlin wurde der Erzbischof Makarios von der Bevölkerung herzlich gefeiert. Von ganz besonderer Bedeutung waren die Worte, die der Staatschef von Zypern anlässlich der Eintragung in das Goldene Buch im Rathaus Schöneberg sprach. Makarios und sein Staat haben Freiheit und Menschenwürde zum Prinzip erhoben und dieses Prinzip auch auf der Konferenz der Neutralen in Belgrad im Gegensatz zu manchen anderen wankelmütigen Erklärungen kompromißlos verfochten. Alle Deutschen sollten aber dem hohen Staatsgast besonders dankbar sein für seine mutige Berliner Rede, die wir nachstehend auszugsweise wiedergeben:

„Ich empfinde Befriedigung, daß ich unmittelbar den Bewohnern dieser historischen Stadt im Namen des zyprischen Volkes und in meinem eigenen Namen warme freundschaftliche Grüße entbieten kann“.

Gegen die Zweiteilung

„Man hat gesagt und behauptet, daß die Zweiteilung Deutschlands die Beseitigung der schlechten Überreste des zweiten Weltkrieges zum Ziel habe, welche möglicherweise eine Gefahr für den Frieden darstellten. Aber eben diese Zweiteilung Deutschlands ist an sich das schlechteste Überbleibsel des Krieges, sie ist eine Quelle ständiger Reibungen und ständiger Gefahr für den Frieden. Wenn es solche schlechten Überreste gibt, dann kann man auch ein Mittel zu ihrer Beseitigung finden. Aber solch ein Mittel ist nicht die Zweiteilung Deutschlands, viel weniger noch die Spaltung Berlins durch eine Mauer. Solange Deutschland geteilt bleibt, solange das deutsche Volk das Recht entbehrt, frei über die Zukunft seines Landes zu entscheiden, so lange bleibt der Frieden unsicher.“

„Der Grundsatz, welcher im vorliegenden Falle in der Krise steht, ist der Grundsatz der Selbstbestimmung. Das international anerkannte Recht auf Selbstbestimmung ist das Prinzip, durch welches der Frieden der Welt fest verankert werden kann. Auf dieses Prinzip stützte sich in den letzten Jahren die Hoffnung der Völker auf einen dauerhaften Frieden. Und auf Grund dieses Prinzips genießen heute Millionen von Menschen ihre Freiheit.“

„Mein Land ist zu klein, um eine bedeutende Rolle in internationalen Fragen zu spielen. Aber seine Bindung an mora-

lische Prinzipien ist sehr groß, und im Rahmen seiner Möglichkeiten will es zur Durchsetzung und Verwirklichung dieser Prinzipien beitragen. Mein Land ist

umfassende Anwendungsmöglichkeit.“

„Die Mauer in Berlin muß fallen, denn sie ist nicht von den Bewohnern der Stadt aus freien Stücken gebaut worden. Der Stacheldraht muß entfernt werden, denn er ist nicht von den Bewohnern der Stadt aus freien Stücken gezogen worden. Das Volk von Berlin muß frei sein, sich nach jeder Richtung zu geben. Das Volk von Berlin hat ein Recht darauf, in einer ungeteilten Stadt zu leben. Die Verweigerung dieses Rechts ist eine Freiheitsberaubung, ist eine Verneinung des Prinzips. Mauer und Stacheldraht stellen Freiheitsberaubung und Verneinung des Prinzips dar.“



IM RATHAUS SCHÖNEBERG. Erzbischof Makarios mit dem Vertreter der katholischen Kirche, Prälat Puchowski (links), und dem evangelischen Bischof von Berlin, D. Dibelius (Mitte).

weder dem östlichen noch dem westlichen Bündnissystem angeschlossen. Es wünscht Freundschaft in Gleichberechtigung zwischen allen Ländern.

Das Volk ist stärker

„Für das Prinzip der Gleichberechtigung hat mein Land hart gekämpft. Und es wird nicht aufhören, überall und jederzeit mit allen seinen Mitteln dafür zu kämpfen, denn es glaubt an die Unteilbarkeit dieses Prinzips und an seine

„Das Volk von Berlin hat bewunderungswürdige Ausdauer und Geduld bewiesen. Es leidet, ohne daß sich seine hohe Gesinnung beugt. Es hat nicht die Absicht der Gewaltanwendung kundgetan. Es hat keinen Anlaß zu Verwicklungen ernster Natur gegeben. Diese seine Haltung ist sehr richtig und hat allgemeine Hochachtung hervorgerufen. Es ist sicher, daß sein moralischer Widerstand stärker als die Mauer und stärker als die Gewalt ist.“

Präses D. Kurt Scharf:

Gespräche über die Mauer hinweg

Die besonderen Aufgaben der Evangelischen Kirche in Deutschland

Einen Appell, teilzunehmen am Gesck der Menschen in der Sowjetzone, richtete der Vorsitzende des Rates der EKD, Präses D. Scharf, an die Studenten in einem Vortrag im Rahmen der evangelischen Studentengemeinde in der Freien Universität. „Nehmen Sie teil an dem, was sich drüben vollzieht, und teilen Sie etwas von den geistigen Auseinandersetzungen mit, besonders der Erkenntnis kritischer und philosophischer Fragen zur Naturwissenschaft, die uns im Westen beschäftigen“, erklärte der Präses. Die Menschen in der Sowjetzone wollen teilhaben an den geistigen Auseinandersetzungen in der westlichen Welt und fürchteten nichts so sehr, als durch die Mauer abgeschnitten zu werden von den geistigen Entwicklungen in der Welt. Besonders die Probleme Glaube und Naturwissenschaft, aber auch theologische und philosophische Fragen seien für die christlichen Gemeinden im Osten besonders wichtig.

Heilsgeschichtliche Bedeutung

Die Evangelische Kirche in Deutschland habe eine gemeinsame Verantwortung den Menschen im Westen und im Osten gegenüber, so betonte Präses Scharf, und es sei ihre Aufgabe, das Gespräch über die Mauer hinweg wahrzunehmen. Seit dem 13. August 1961 seien die deutschen Kirchen des Ostens in einer „qualitativ neuen Solidarität mit den Kirchen des Ostblocks“, und für die westdeutschen Gliedkirchen gelte das gleiche im Hinblick auf die kirchlichen Gruppen in der westlichen Welt. Die Evangelische Kirche in Deutschland stelle als einzige eine übergreifende Einheit dar, was eine „heilsgeschichtliche Bedeutung für die Gesamtchristenheit“ habe.

Neuer Zusammenhalt...

Zu dieser Aufgabe rechnete Präses Scharf das „alternative Angebot neuer Strukturen“ der Kirche an die Gesellschaft,

solche Strukturen würden schon in den evangelischen Gemeinden der Sowjetzone praktiziert, wo sich in der veränderten Lage nach dem 13. August ein neuer Zusammenhalt in den Kerngemeinden mit erhöhter Opferbereitschaft abzeichne. Dabei einstudierten Formen des Miteinanderlebens in gegenseitiger nachbarschaftlicher Verantwortung, die, wie Präses Scharf hervorhob, modellhafte Bedeutung innerhalb der Gesellschaft haben könnten.

Eine Gesellschaft des Dialoges unter Gleichberechtigten, deren Leben bestimmt werde durch Sachaufgaben und „sinneutrale

Rahmenordnungen“, kennzeichnete Präses Scharf als das Wesen der Grundstruktur der Gesellschaft im Osten ebenso wie im Westen. Auf beiden Seiten gebe es Abweichungen, die die Grundstruktur gefährdeten. Sei es im Osten der omnipotente Staat, der den einzelnen zum „Quotienten aus der Gesamtzahl der Gesellschaft durch die Summe des einzelnen“ machen wolle, so seien die Gefährdungen im Westen durch die Macht der Organisationen, Interessenverbände und der öffentlichen Meinung gegeben, die Massensentiments und Tabus schaffe.

Bundeskanzler am 17. Juni in Berlin

Appell des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland“

Bonn / Berlin (dpa / ap / upi). Bundeskanzler Adenauer kommt am 17. Juni nach Berlin. Er nimmt in der deutschen Hauptstadt, wie das Bundespresseamt mitteilte, an den Feierlichkeiten zum Gedenken an den Juni-Aufstand in der Sowjetzone von 1953 teil.

In einem Aufruf an die Bevölkerung der Bundesrepublik und Berlins hat das Kuratorium „Unteilbares Deutschland“ appelliert, am 17. Juni, dem „Tag der deutschen Einheit“, für die Menschenrechte und das Selbstbestimmungsrecht einzutreten. In einer gestern in Berlin veröffentlichten Erklärung, die von führenden Mitgliedern des Bundestages und der Bundesregierung abgefaßt worden ist, heißt es: „Die im unteilbaren Deutschland zusammenwirkenden Parteien rufen jeden einzelnen Bürger im freien Teil Deutschlands auf. Keine Stadt, kein Kreis, keine Gemeinde sollten an diesem Tag schweigen.“

Dem deutschen Volk werde das Selbstbestimmungsrecht verweigert und seine Wiedervereinigung in Freiheit werde dadurch verhindert, heißt es in der Erklärung. Es sei daher die Pflicht eines jeden einzelnen, für die Gewährung der

Menschenrechte an die Landesleute jenseits der Zonengrenze und für die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts auch für das deutsche Volk vor aller Welt einzutreten.

„Das deutsche Volk lehnt jede Gewaltanwendung zur Lösung der deutschen Frage ab. Unsere Absage an die Gewalt ist aber keine stillschweigende Zustimmung zur Verletzung der Menschenrechte in Mittel- und Ostdeutschland und kein Verzicht auf unser Recht“, erklären u. a. der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Lemmer, SPD-Vorsitzender Ollenhauer und Bundestagsvizepräsident Dehler in dem Aufruf des Kuratoriums.

Panik provoziert

Der geschäftsführende Vorsitzende des Kuratoriums, Schütz, sagte auf einer Pressekonferenz in Berlin, dem „Tag der deutschen Einheit“ komme in diesem Jahr eine besondere Bedeutung zu, weil die Zonenmachthaber mit einem sogenannten Nationalkongreß am 16. und 17. Juni den Eindruck erwecken wollten, als sprächen sie für das ganze deutsche Volk.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH, Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richtofen-Str. 2